



(FOTO: GUYJALLAY)

Alles offen in Deutschland

Bundestagspräsident Lammert: Koalition hat Wahl noch nicht gewonnen

Berlin/Luxemburg. Nach Ansicht von Bundestagspräsident Norbert Lammert ist selten zuvor so kurz vor den Wahlen so unklar gewesen, wer die nächste Bundesregierung in Deutschland stellen wird. Der CDU-Politiker war am Montag nach Luxemburg gekommen, um auf Einladung des CDU/CSU-Freundeskreises Luxemburg und

der Konrad-Adenauer-Stiftung über die am 22. September stattfindende Bundestagswahl zu sprechen. In einem Exklusivinterview mit dem „Luxemburger Wort“ nahm der protokollarisch zweithöchste Vertreter Deutschlands Stellung zum Wahlkampf. Mit Blick auf die Wahlprogramme der etablierten Parteien sagte er: „Wenn alle

Wahlkämpfe in Deutschland und schon gar in unseren Nachbarländern in den vergangenen Jahren mit einem ähnlichen Realitätssinn geführt worden wären, dann müssten wir uns heute um Turbulenzen im Euroraum gar keine Gedanken machen.“ (wl)

„Eine klare Mehrheit für die amtierende Koalition kann ich nicht erkennen“

Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Teflon-Effekt, Wahlstrategien und Wahlversprechen so wie NSA-Affäre

INTERVIEW: WOLF VON LEIPZIG

Nach Ansicht von Norbert Lammert ist selten zuvor so kurz vor den Wahlen so unklar gewesen, wer tatsächlich die nächste Bundesregierung in Deutschland stellen wird. Der Präsident des Deutschen Bundestags nimmt in einem Exklusivinterview mit dem „Luxemburger Wort“ Stellung zum Wahlkampf. Der CDU-Politiker wurde am 16. November 1948 in Bochum geboren. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Neueren Geschichte und Sozialökonomie wurde er 1975 in Bochum promoviert. Es folgte eine mehrjährige Lehrtätigkeit. Zwischen 1975 und 1980 saß er für die CDU im Bochumer Stadtrat, seit 1980 ist der engagierte Katholik Mitglied des Bundestags. Von 1989 bis 1998 war Lammert Parlamentarischer Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien. Seit seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten im Oktober 2005 hat er sich den Ruf eines engagierten Verteidigers der Parlamentssouveränität erworben.

■ Wie kommt es, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel nach acht Jahren Regierung noch immer so populär ist?

Gerade dem Luxemburger Publikum sollte es nicht so schwer zu erklären sein, dass es auch nach vielen Jahren in höchsten Staatsämtern gelingt, sich das Vertrauen und die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler zu erhalten.

■ Was ist das Geheimnis ihres Erfolges? Ihr wird ja ein Teflon-Effekt nachgesagt: Jede Kritik gleitet an ihr ab.

Auch dieser Effekt ist nicht exklusiv in Deutschland und für diese Kanzlerschaft zu beobachten. Parteien legen geradezu Wert darauf, mit Spitzenkandidaten in einen Wahlkampf zu gehen, bei denen man über die Parteipräferenzen hinaus noch einen persönlichen Sympathiebonus erwarten kann. Im Übrigen finde ich immer wieder auffällig, dass Politiker dann, wenn sie besonders kontroverse Positionen beziehen, sich regelmäßig den Vorwurf zuziehen, sie seien offensichtlich zur Integration von Mehrheiten entweder nicht bereit oder nicht in der Lage. Wenn ihnen das aber offensichtlich gelingt, ziehen sie sich prompt den Vorwurf der Profillosigkeit zu.

■ Glaubt man jüngsten Umfragen, gibt es eine Mehrheit für eine Koalition zwischen Union und FDP, insgesamt wäre die Mehrheit der Bevölkerung jedoch für eine große Koalition zwischen Union und SPD.

In Deutschland sind große Koalitionen bei den Wählern fast immer sehr beliebt, bei den Parteien selbst jedoch umso weniger. Dass es im Augenblick eine sichere Mehrheit für die amtierende Koalition gibt, kann ich nicht erkennen. Wir haben im Gegenteil die einigmaßen un-

gewöhnliche Situation, dass mit Blick auf die Parteipräferenzen, vor allem mit Blick auf die großen Parteien sowie auf die Kanzlerkandidaten, neun von zehn Wählern davon ausgehen, dass der Wahlkampf längst entschieden sei, obwohl selten zuvor so kurz vor den Wahlen so unklar war, wer tatsächlich die Regierung bilden wird.

■ Wo liegt die Rolle der FDP für die Union? Sieht sie die Liberalen bloß als Steigbügelhalter?

Koalitionen sind Zweckbündnisse von Parteien, die über hinreichend kompatible Inhalte für eine Legislaturperiode verfügen. Für CDU/CSU wie für die FDP gilt, dass es mit Blick auf die eigenen Schwerpunktsetzungen für die nächsten vier Jahre aus beider Sicht wechselseitig keine größeren Schnittstellen mit anderen Parteien gibt als zwischen diesen beiden Gruppierungen. Doch werden Wahlkämpfe nicht für Koalitionen, sondern für Parteien geführt.

■ Müsste die Union nicht schon aus arithmetischen Gründen der FDP mit Zweitstimmen über die Fünf-Prozent-Hürde helfen?

Erstens sehe ich dafür keine Notwendigkeit und zweitens bin ich sicher, dass nach den einschlägigen Erfahrungen der Niedersachsen-Wahl weder die potenziellen Wähler der Union noch ihre Wahlkämpfer eine solche Empfehlung geben werden.

■ Aber es wäre doch fatal für die Union, wenn die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern würde ...

Selbstverständlich, aber bei der Niedersachsen-Wahl war angeblich der Einzug der FDP in den Landtag ebenfalls scheinbar mehr als zweifelhaft. Diese besorgten Hinweise hatten den Effekt, dass die FDP am Ende nicht mit knapp fünf Prozent, sondern mit zehn Prozent in den Landtag einzog und der CDU 350 Stimmen für die Wiederherstellung der Koalition fehlten.

■ Die Wähler sind unberechenbar...

Die Wähler sind nicht unberechenbar, aber je mehr ihnen eine Überlebenshilfe für einen vielleicht benötigten Koalitionspartner als dringend empfohlen wird, desto mehr neigen sie auch zu Überreaktionen, die der eigenen Parteipräferenz nicht unbedingt entsprechen müssen.

■ Die FDP erhebt den Vorwurf, im Wahlprogramm der Union stecke „viel von der Leyen und wenig Ludwig Erhard“ und verweist etwa auf tarifliche Mindestlöhne, Mütterrente, Mietpreisbremse ... Läuft die Union Gefahr, dass ihr die konservativen Wähler weglaufen?

Das bestätigt meinen Hinweis, dass in Wahlkämpfen nicht für ein ge-



Norbert Lammert: „Wenn alle Wahlkämpfe in Deutschland und schon gar in unseren Nachbarländern in den vergangenen Jahren mit einem ähnlichen Realitätssinn geführt worden wären, dann müssten wir uns heute um Turbulenzen im Euroraum gar keine Gedanken machen.“ (FOTO: GUY JALLAY)

meinsame Koalitionskonzept, sondern für die Programme miteinander konkurrierender Parteien gestritten wird. Und natürlich spricht die FDP nicht präzise die gleichen Wählerschichten an wie die Union. Oder andersherum formuliert: Die FDP kann sich erlauben und muss auch Rücksicht darauf nehmen, dass sie nicht für 40 oder gar 50 Prozent der Wähler eine politische Adresse ist und sein kann, sondern für fünf bis acht Prozent.

■ Ist die FDP in Ihren Augen eine Partei von Sonderinteressen?

Jede Partei vertritt besondere Interessen. Es liegt in der Natur der Sache, dass Parteien, die nicht Volksparteien sind – die prinzipiell alle Teile der Bevölkerung in ähnlicher, wenn nicht gleicher Weise erreichen wollen –, sich stärker um eine besondere Klientel kümmern. Davon lebt im Übrigen auch ein parlamentarisches System – einschließlich der Veränderungen, die wir im deutschen Parteiensystem trotz eines im Kern stabilen, weil nicht in der Architektur veränderten Wahlsystems im Laufe der Jahre immer wieder erlebt haben.

■ Jetzt wirbt nicht nur die FDP um Wähler der Union, sondern auch die Parteigründung „Alternative für

Deutschland“ (AfD), die sich als konservative Alternative aufstellt.

Das Kalkül der AfD ist ohne Zweifel und legitimerweise, die Skepsis und Besorgnis, die es in beachtlichen Teilen der deutschen Bevölkerung zur Situation der Europäischen Union im Allgemeinen und der Finanzen im Euroraum im Besonderen gibt, in einer ähnlichen Weise zu kanalisieren, wie es vor etwa 30 Jahren den Grünen mit einem damals zunehmend an öffentlicher Bedeutung gewinnenden Thema gelungen ist. Es sieht gegenwärtig nicht so aus, als ob dieses Angebot die notwendige Mindestnachfrage erzeugt, um im Deutschen Bundestag präsent zu sein, aber das kann sich nach jeder neuen Turbulenz im Euroraum binnen weniger Tage ändern.

■ ... und könnte die Union entscheidende Stimmen kosten ...

Soweit sich der sehr überschaubare und labile Wähleranteil der AfD überhaupt analysieren lässt, spricht mehr dafür, dass die AfD überproportional Nichtwähler anspricht. Zumal die deutsche Politik zur Begleitung und Unterstützung des Krisenmanagements im Euroraum nicht nur von den Regierungsfractionen, sondern auch SPD und Grünen, also von zwei von drei Oppositionsfractionen regelmäßig unter-

stützt wird. Somit besteht kein Grund zu der Annahme, dass jede Stimme für die AfD allein der CDU fehlt.

■ Vom Wahlprogramm her wendet sich die AfD doch eher an konservative Wähler ...

Für den größeren Teil der Wahlberechtigten erfolgt die Wahlentscheidung nicht nach sorgfältiger Lektüre der Wahlprogramme, sondern nach den gefühlten Positionen, die sie mit Parteien verbinden. Deshalb verbindet sich mit der AfD kein präzises Programm. Sie bietet sich an als Projektionsfläche für die Skepsis sowie Zweifel und Besorgnisse, ja die fundamentale Ablehnung des Eurokurses von Regierung und Parlament, die in Teilen der Wähler zweifellos vorhanden ist.

■ Wie in Wahlzeiten üblich, waren alle großen Parteien bei ihren Wahlversprechen recht großzügig. Wie sind solche Versprechen in Zeiten knapper Kassen zu rechtfertigen? Schuldenbremse, ausgeglichener Haushalt, gar Schuldenabbau – ist das alles noch zu erreichen, wenn fortwährend neue Posten, etwa für die Hochwasserhilfe, hinzukommen?

Ich finde im Gegenteil, dass es – mit sehr unterschiedlichen Akzenten allerdings – ein beachtliches und erfreuliches Maß an Nüchternheit und Wirklichkeitsnähe gibt. SPD und Grüne führen einen Wahlkampf mit der Ankündigung von Steuererhöhungen, was beachtlich ist, um die aus ihrer Sicht notwendige Steigerung öffentlicher Ausgaben – etwa im Bildungsbereich – mit zusätzlichen Steuereinnahmen finanzieren zu können. Die Union hat für sämtliche Gestaltungsabsichten der nächsten Legislaturperiode einen Finanzierungsvorbehalt mit Blick auf die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung ins Programm geschrieben. Also ein noch höheres Maß an Ernsthaftigkeit ist von politischen Parteien schwerlich zu erwarten. Wenn alle Wahlkämpfe in Deutschland und schon gar in unseren Nachbarländern in den vergangenen Jahren mit einem ähnlichen Realitätssinn geführt worden wären, dann müssten wir uns heute um Turbulenzen im Euroraum gar keine Gedanken machen.

■ Ein heißes Wahlkampfthema ist die Abhöraffaire rund um den NSA? SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wirft Kanzlerin Angela Merkel gar vor, ihren Amtseid verletzt zu haben.

Das ist ein bisschen sehr viel Theaterdonner, wobei ich – in großzügiger Überschreitung der mir eigentlich auferlegten Überparteilichkeit – nur hoffen kann, dass es bei intensiver Beschäftigung mit dem Thema vermeintlicher oder tatsächlicher Vereinbarungen zwischen deutschen und amerikanischen Regierungen die Vorgänger der amtierenden Kanzlerin nicht heftiger trifft als Angela Merkel.